**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 42 (1963)
**Heft:** 1

**Artikel:** Die Indios, die Schuhe und die Revolution
**Autor:** Reventlow, Rolf
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-337437

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

ROLF REVENTLOW

# Die Indios, die Schuhe und die Revolution

Die Schwierigkeit, politische Ereignisse in Lateinamerika und die mit ihnen in Zusammenhang stehenden ideologischen Strömungen zu verstehen, beginnt mit der Begriffsbestimmung *Lateinamerika*. Gewiß gibt es über alle Staatsgrenzen hinweg ein betontes Gemeinsamkeitsbewußtsein der Spanisch oder Portugiesisch sprechenden Amerikaner, der sogenannten *Latinos*. Doch gibt es auch Politiker, die dem Begriff Lateinamerika die Tatsache gegenüberstellen, daß in vielen dieser Länder die indianische Urbevölkerung einen wesentlichen Teil der Nation bildet oder gar — wie in Mexiko — das politische Bild beherrscht. Haya de la Torre, gegenwärtig Präsidentschaftskandidat in Peru und wohl der einzige politische Theoretiker Amerikas, hat daher den Ausdruck *Indoamerika* geprägt, der das Erwachen der *Indios* zum eigenen politischen Bewußtsein und ihre Integration im politischen Leben Lateinamerikas herausstellen soll.

## *Wirksamer «Anti-Imperialismus»*

Haya de la Torre, der gegenwärtig zwischen den konservativen Oligarchien, der politisierenden Armee und den ihn heftig befehdenden Fidelisten wohl der umstrittenste Mann Perus ist, gründete in diesem Lande die einzig straff organisierte Massenpartei demokratischer Ausrichtung. Die *Volkspartei (APRA)* hat das Ziel: wirtschaftliche Entwicklung, Hebung des Lebensniveaus der indianischen Bevölkerung, Unabhängigkeit von fremden Kapitalmächten, aber auch kontinentale amerikanische Solidarität.

Die von de la Torre begründete APRA ist eigentlich eine übernationale Organisation, die ausgangs der zwanziger Jahre in Mexiko ins Leben gerufen wurde. Ihr Einfluß geht weit über den organisatorischen Bereich hinaus. Er ist richtunggebend für alle politischen Gruppen Lateinamerikas, die sich nicht von Fidel Castro ins Schlepptau nehmen ließen, aber andererseits sowohl die starken Positionen fremder, meist nordamerikanischer Kapitalgesellschaften wie die konservativen Tendenzen der überkommenen Oligarchien Lateinamerikas bekämpfen. «Drei Millionen Indios beizubringen, daß Schuhe unmittelbare Bedarfsartikel sind, das stellt ein Stück der Revolution dar, die wir zu vollbringen haben», erklärte Haya de la Torre vor kurzem.

Natürlich ging es in diesem Wahlkampf auch um die Auseinandersetzung mit den Kommunisten, die die APRA-Partei zu spalten versuchten, sie aber, wie die Wahl bewies, nicht in den Hintergrund zu drängen vermochten. Die Zeiten, da der Kommunismus unter eigener Flagge auftrat und in Peru die

Gründung eigener Indianerrepubliken der Ketschua und der Aimara forderten, sind vorüber.

Auf diesem Gebiet waren die Grundgedanken der APRA, die keine Aufsplitterung, sondern eine Zusammenfassung ganz Lateinamerikas anstrebt, weit wirkungsvoller. Heute heißt überall das Losungswort *Fidel*. Von Europa aus mag es schwer zu verstehen sein. Aber in Lateinamerika wirkt eben jede Stellungnahme gegen den «Imperialismus» der USA. Das ist verständlich, muß verstanden, wenn auch nicht akzeptiert werden. Die industrielle Vormacht, dargestellt durch Unternehmer, Techniker und beherrschenden Wirtschaftseinfluß, der nicht immer unpolitisch bleibt, kann als solche nicht beliebt sein. Im karibischen Raum kommt hinzu, daß mancherlei militärische Interventionen und Unterstützung für Diktatoren wie weiland Trujillo in Santo Domingo noch unvergessen sind.

### *Unterwanderung durch Kuba*

Auf diesen Elementen baut die intensive kommunistische Tätigkeit auf, deren Zentrale heute im wesentlichen Havana, die Hauptstadt Kubas, ist. Je nach Umständen und Möglichkeiten wird in Venezuela der Versuch gemacht, gegen die demokratische Regierung Rómulo Betancourts zu putschen oder in Uruguay eine der traditionellen politischen Parteien, die sogenannten *Colorados* zu unterwandern. In der Sozialistischen Partei Uruguays ist es den Unterwanderern sogar gelungen, diese zum Abfall von der Sozialistischen Internationale zu bringen. Sozialistische Parteien im europäischen Sinne gibt es nur in einigen Ländern. Durch Unterwanderung und Spaltungen ist es den Fidelisten vielfach gelungen, für das allgemeine Bewußtsein den Begriff Sozialismus mit dem des Kommunismus gleichzustellen.

Mehr Bedeutung haben eine Reihe politischer Gruppen, die sich durchweg als revolutionäre Volksparteien bezeichnen, wobei das Wort *revolutionär* unserem Sprachgebrauch entsprechend mit *demokratisch* zu übersetzen ist. Wenn auch im Vokabular wesentliche Unterschiede bestehen und die Ziele den lateinamerikanischen Verhältnissen entsprechend anders sind, so ist doch im Gespräch mit politisch interessierten Lateinamerikanern bald herauszufühlen, daß sie mit Europa die Tendenz verbindet, politische *Ideologien* zu entwickeln. Insofern sind die lateinamerikanischen Länder politisch Europa näher als Washington oder Neuyork.

In ihrer Zielsetzung sind diese revolutionären Volksparteien — neben denen es neuerdings auch einige christlich-demokratische Gruppen gibt — vorwiegend gegen die Familienmachtpolitik gewisser Oligarchien gerichtet. Sie streben durchweg Agrarreformen und die Industrialisierung ihrer Länder an, wobei das allgemeine Ziel die Verselbständigung Lateinamerikas ist. Wenn auch da und dort mit einigen Vorbehalten, stehen sie doch der von Kennedy

ins Leben gerufenen Allianz für den Fortschritt im allgemeinen freundlich gegenüber.

So vielfältig dabei die lokalen und regionalen Verhältnisse sind, so sehr es geboten erscheint, zwischen den rein kreolischen «weißen» Gebieten wie Argentinien, Uruguay oder dem mittelamerikanischen Musterländle Costa Rica einerseits und den spezifisch zu Indoamerika zu rechnenden Staaten anderseits zu unterscheiden, so ist letzten Endes doch das vorwiegend spanisch ausgedrückte lateinamerikanische Gemeinschaftsgefühl der gemeinsame Nenner. Ihm begegnet man in jeder politischen Diskussion wie im allgemeinen Sprachgebrauch der Presse. Wenn auch kürzlich in mexikanischen Zeitungen ein Aufruf erschien, der die Rückkehr zur Sprache der Nahaut forderte und sich dagegen wandte, daß Mexikaner die Sprache ihrer Eroberer gebrauchen, so bleiben dennoch Spanisch und Portugiesisch die kulturell und politisch entscheidenden Sprachen des amerikanischen Kontinents südlich des Rio Grande.

### *Mexiko als Vorbild*

So kommt es auch, daß die zahlreichen politischen Emigranten aus dem einen oder anderen Lande sich in ihrem Exil eigentlich nie richtig fern der Heimat fühlen. Mit einigen Variationen ist ganz Lateinamerika die Heimat jedes Lateinamerikaners. Von dieser Feststellung geht die Ideologie der APRA aus, die — schon durch die zahlreichen Schriften Haya de la Torres — weit über ihr peruanisches Heimatland hinaus wirken und wohl die entscheidende Rolle in der geistigen Auseinandersetzung mit dem Fidelismus spielen wird.

Auch die APRA ist «antiimperialistisch». Aber sie betont dabei — mit Marx und Rosa Luxemburg — die wirtschaftlichen Ursachen des Imperialismus, der zu keiner Diskriminierung eines Volkes, auch nicht des nordamerikanischen, führen dürfe und nur durch Verselbständigung überwindbar sei. Damit nimmt die APRA auch gegen den sowjetischen Imperialismus Stellung. Ihr Ziel ist zudem die politische Vereinigung Lateinamerikas, unter dem Hinweis, daß auch die USA heute keine Großmacht sein könnten, wenn etwa Georgia, Kentucky, Arkansas oder irgendein anderer ihrer Staaten selbständig geblieben wären oder die Sklavenhalter des Südens vor einem Jahrhundert gesiegt hätten.

Kein Zweifel, daß rein gefühlsmäßig dieses Ziel lateinamerikanischer Einheit gut aufgenommen wird, obwohl ihm tausend Schwierigkeiten, auch betonte nationale Entwicklungen wie die Mexikos entgegenstehen. Trotzdem gilt gerade Mexiko der APRA als Vorbild, genauer gesagt, die 1910 begonnene mexikanische Revolution, die — so wird betont — älter sei als die bolschewistische Revolution. Diese Gegenüberstellung kommt nicht von ungefähr, denn die mexikanische war zuerst einmal eine Revolution der Bauern und hat nie

die Herrschaft einer Klasse über die anderen zum Ziele gehabt. Ideologisch entspricht sie daher, mit allen Irrungen und Schwierigkeiten, in Ursprung und bisheriger Entwicklung dem Leitbild eigenständiger lateinamerikanischer Entwicklung, von der man gerade hier sagen kann, sie sei in erster Linie indoamerikanisch.

Eine sehr verschiedene ideologisch-politische Rolle spielen in Lateinamerika die Gewerkschaften. Die in Mexiko beheimatete Regionalorganisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) hat in zehn Jahren einen guten Teil von zuvor nur andeutungsweise vorhandenen Organisationen zu wirklichen Gewerkschaften umzubilden verstanden und ist damit ein Faktor demokratischer Stabilisierung in vielen lateinamerikanischen Ländern geworden. Es gibt jedoch auch andere Entwicklungen, nicht zuletzt weil die lateinamerikanischen Gewerkschaften von jeher dazu neigten, «Politik zu machen», und auch weil sie gerade auf dem politischen Wege entscheidende Erfolge in der sozialpolitischen Gesetzgebung erreichten.

Auch hier gab und gibt es Auseinandersetzungen mit den Kommunisten. Fidel ist dabei allerdings kein Reklamestück. So wie die Lebensmittelnot auf Kuba derzeit seiner Propaganda viel von ihrer Wirkungsmöglichkeit nimmt, so ist allgemein bekannt, wie dort die Gewerkschaften «umgebaut» und ihrer gewählten Führung beraubt wurden. In Guatemala allerdings waren die Arbeiterorganisationen — aus einer dort besonders begreiflichen Opposition gegen die als Unternehmer allmächtigen Nordamerikaner — zum Eckpfeiler des moskauhörigen Präsidenten Arbenz geworden.

### *Geringe Rolle der Arbeiterschaft*

In Argentinien ist es dagegen dem geschickten Demagogen Perón während seiner Herrschaft gelungen, die Gewerkschaften soweit in seinen Bann zu ziehen, daß aus ihnen Massenorganisationen mit einer spezifisch faschistischen Ideologie wurden. In Argentinien vermochten weder die liberalen Radikalen traditioneller Prägung noch die Sozialdemokraten, die in diesem Lande vor Jahrzehnten eine nicht unbedeutende Rolle spielten, die Arbeiter aus der Alternative Kommunismus oder peronistischer Faschismus zu lösen.

Politische Ideologien haben in Lateinamerika allerdings — im Gegensatz zu Europa — hre Wurzeln nicht in der Arbeiterschaft, sondern vorwiegend in den Mittelschichten und intellektuellen Kreisen gefunden. Diese Tendenz verstärkt sich durch die Zunahme der Mittelschichten in der soziologischen Struktur der meisten lateinamerikanischen Länder, die mit dem Anwachsen der Großstädte und der Industrialisierung einhergeht. Daher bezeichnen sich viele der revolutionären Volksparteien, nicht zuletzt auch die Demokratische Aktion in Venezuela als *Policlasista*, als Parteien, die mehrere Volksklassen umfassen und vertreten. Sie stellen grundsätzlich und praktisch die Vertretung der Arbei-

ter, der Mittelschichten und der ländlichen Bevölkerung dar. Als solche bekämpfen sie die Oligarchien, in denen einige wenige oder — wie in Nicaragua — gar nur eine Familie ihre Herrschaft mit den Mitteln der Diktatur erhalten wie auch den Fidelismus.

### *Santo Domingo nach der Diktatur*

Diese Grundlinie kann man als die demokratische Ideologie in Lateinamerika ansehen, die natürlich nicht nur mit ideologischen Mitteln zu kämpfen hat. Die Ereignisse der letzten Monate in Guatemala und in Venezuela zeigen dies zur Genüge. Dabei ist Venezuela zweifellos ein Eckstein demokratischer Entwicklung in Lateinamerika und durch die geographische Nähe Kubas in der vordersten Frontstellung gegen den Fidelismus. In Santo Domingo, wo derzeit die sogenannte *Bürgervereinigung* regiert und Wahlen vorbereitet, von denen noch niemand weiß, ob sie — nach dreißig Jahren Diktatur — wirklich demokratisch sein werden, überschattet die unmittelbare Vergangenheit alles politische Leben. In der Bürgervereinigung finden sich allzuviele, deren Haltung und Handlungen in der Zeit des Diktators Trujillo nicht als Legitimation zur Bewahrung demokratischer Methoden gelten können. Zwei demokratische Gruppen, die *Vereinigung des 14. Juni*, eine Gruppe von ehemaligen politischen Gefangenen und Intellektuellen, und eine demokratische Massenpartei unter der Führung des Schriftstellers und ehemaligen Emigranten (und Freund von Haya de la Torre) Juan Bosch beargwöhnen das provisorische Regime und seine Wahlvorbereitungen für das kommende Jahr.